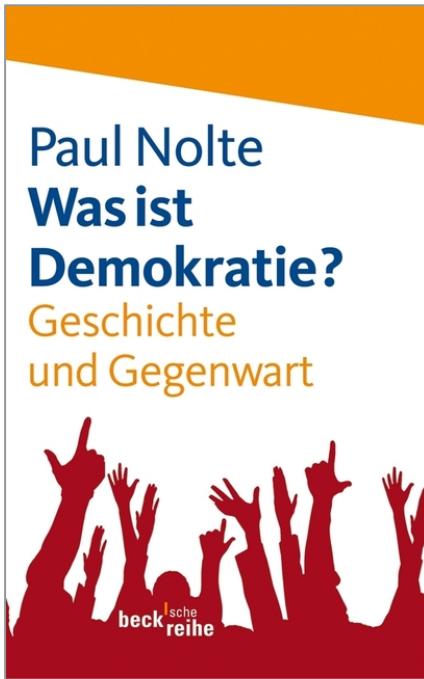


Unverkäufliche Leseprobe



**Paul Nolte**  
**Was ist Demokratie?**  
Geschichte und Gegenwart

512 Seiten, Paperback  
ISBN: 978-3-406-63028-6

Weitere Informationen finden Sie hier:  
<http://www.chbeck.de/9318312>

## **I Einleitung: Fragen an die Demokratie**

Demokratie ist aktuell wie kaum zuvor – und wirft Fragen auf. Am Anfang des 21. Jahrhunderts steht Euphorie unmittelbar neben tiefer Enttäuschung. Gerade für Deutsche stand die Demokratie, nach 1945, lange Zeit auf dem Sockel wie ein Denkmal, dem man mit Ehrfurcht begegnete. Aber die Herrschaft des Volkes, der Anspruch auf gleiche Freiheit und Selbstregierung sind voller Konflikte und Widersprüche. Die Geschichte der Demokratie handelt nicht nur von Wachstum, Fortschritt und Erfüllung, sondern ist einer immerwährenden Suche vergleichbar. Sie vollzog sich nie geradlinig, sondern geriet in schwere Krisen. Was ist, was war Demokratie? Geschichte und Gegenwart verschränken sich, und die Antworten können kaum eindeutig sein, sondern laden zum Nachdenken über die Zerrissenheit eines Versprechens ein.

Das Jahr 2011 wird als ein Jahr der Demokratie in die Geschichte eingehen. Die Suche nach Freiheit und politischer Selbstbestimmung hat Menschen überall auf der Welt aufgerührt und auf die Straßen getrieben. Diktatoren wie Gaddafi sind gestürzt, autoritäre Regierungen vertrieben worden. Und doch lassen sich die Proteste nicht als ein strahlender Triumphzug der Demokratie lesen. Bürgerinnen und Bürger engagierten sich mit gemischten Gefühlen: Neben der Hoffnung auf freie Verhältnisse und bessere Zeiten, neben einem unbändigen Optimismus standen tiefe Ängste und Sorgen angesichts demokratischer Zustände, die für viele diesen Namen immer weniger verdienen. Nicht nur Diktaturen erfuhren die Wut ihrer Untertanen – auch in etablierten Demokratien des Westens artikulierten «Wutbürger» ihr Unbehagen gegenüber politischen Institutionen und Entscheidungsprozessen, in denen sie sich wie entmündigte Untertanen fühlen: machtlos und ausgeliefert an anonyme Systeme. Das Jahr der Demokratie erfüllte manche Träume, war aber zugleich ein Jahr der tiefen Krise und der Suche nach Demokratie jenseits der ausgetretenen Pfade.

Der «arabische Frühling» bestätigte die Erwartungen derjenigen, die von einem letztlich unaufhaltsamen Siegeszug demokratischer Verfassung überall auf der Welt überzeugt sind. Am südlichen Rand des Mittelmeers und auf der arabischen Halbinsel, von Marokko bis Ägypten und von Syrien bis Jemen, erhoben sich Menschen gegen die verkrusteten und unfreien politischen Verhältnisse ihres Landes. Sie verlangten nach freien Wahlen und bürgerlichen Rechten, nach Teilhabe an der politischen Gestaltung ebenso wie nach freierer Luft zum Atmen in den allgemeinen, auch privaten Lebensumständen. In Tunesien und Ägypten mündeten die Ereignisse, einschließlich des Sturzes der bisherigen Regime, in eine regelrechte Revolution; in Libyen in einen Bürgerkrieg mit westlicher Intervention auf Seiten der Rebellen; in Syrien bislang in eine blutige Selbstbehauptung des Ancien Régime.

Nordamerika und Europa erschrakten, als der Volksprotest bewährte Bundesgenossen und vermeintliche Stabilitätsanker wie den ägyptischen Präsidenten Mubarak zu Fall brachte. Der Westen staunte, dass Bürgerinnen und Bürger überwiegend islamisch geprägter Staaten für Freiheit und Demokratie kämpften. Und die etablierten Demokratien fühlten sich letztlich bestätigt in ihrer Auffassung, dass Demokratie nicht eine kulturell-politische Besonderheit des Westens sei, die in anderen Regionen der Welt, angesichts unterschiedlicher Traditionen und Wertvorstellungen, unpassend bleiben müsse. Weil der Funke der «Arabellion» so schnell von einem Land zum andern übersprang, wurden in Europa Erinnerungen an den «Völkerfrühling» des 19. Jahrhunderts wach, an die eigenen Proteste gegen selbstverliebte Monarchien und für bürgerliche und politische Freiheitsrechte, wie sie in der Revolution von 1848/49 kulminierten. Wie damals kamen auch im 20. Jahrhundert die Fortschritte der Demokratie häufig in Wellen, in verdichteten Schüben wie nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg oder wie 1989. Das Jahr 2011 könnte also eine neue Welle der globalen Demokratisierung einläuten und die vermeintliche Unfähigkeit der arabischen Welt (und in anderer Perspektive: des Islam) zu freiheitlicher, partizipatorischer Verfassung widerlegen.

Ob demokratische Proteste auf lange Sicht in stabile demokratische Institutionen münden, und ob diese wiederum in eine freizügige «offene Gesellschaft» nach dem Muster des Westens eingebettet werden können, ist jedoch noch alles andere als gewiss. Auch auf die Revolutionen von 1848 folgten Rückschläge und neue autoritäre Verhältnisse, nicht zuletzt in Deutschland. Die Demokratie der Institutionen, etwa

von freien Wahlen und Parlament, durch eine gelebte und gefühlte Demokratie der Bürger abzusichern und zu erweitern dauerte auch im «Westen» oft viele Jahrzehnte, zum Beispiel in der Bundesrepublik seit 1949. Für westliche Überheblichkeit besteht aber schon deshalb kein Anlass, weil die eigenen politischen Zustände nicht mehr so gefestigt und selbstverständlich erscheinen, wie das gegen Ende des 20. Jahrhunderts, zumal nach dem Ende des Kommunismus in Osteuropa, der Fall war.

Auch für diese neuen Zweifel verdient das Jahr 2011 einen Eintrag im Geschichtsbuch. Seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 nehmen immer mehr Menschen die demokratische Politik als Spielball einer entfesselten kapitalistischen Logik von Profit und Spekulation wahr statt als Anwältin der Bürgerinteressen. Die Staatsschuldenkrise in der Eurozone und in den USA hat für viele den endgültigen Beweis einer Unterwerfung der Demokratie unter die Finanzmärkte und die Macht der Banken geliefert. Die gewählten Politiker und die Parlamente wirken bestenfalls hilflos und überfordert, schlimmstenfalls mit den Finanzinteressen im Bunde gegen die Wählerinnen und Wähler, deren Interessen sie doch eigentlich vertreten sollten. Die «Occupy»-Bewegung im Herbst 2011 brachte deshalb die Forderung nach Demokratie auch auf die Straßen und Plätze westlicher Hauptstädte und Finanzzentren, von New York bis nach Frankfurt und Berlin. Und immer häufiger begehren die Bürger jenseits der globalen Zusammenhänge von Politik und Wirtschaft auf, in ihrer eigenen Heimat, in ihrer städtischen und regionalen Lebenswelt. Wie bei den Protesten um das Bahnprojekt «Stuttgart 21» in Baden-Württemberg stellen sie Entscheidungen der Eliten in Frage. Ein demokratisches Mandat durch Wahl und Mehrheit genügt nicht mehr, um dem Handeln eines Bürgermeisters oder Ministerpräsidenten Glaubwürdigkeit und breite Akzeptanz zu verleihen. Die Demokratie wird zur Rechenschaft gezogen.

In der neuen Figur des «Wutbürgers» hat sich diese Unzufriedenheit prägnant verdichtet. Der Begriff bringt mehr als ein momentanes Unbehagen zum Ausdruck. Wut staut sich auf, bevor sie sich Luft macht. Zur Vorgeschichte des Wutbürgers gehört deshalb eine über mindestens zwei, drei Jahrzehnte gewachsene Enttäuschung über die Mechanismen der klassischen demokratischen Politik. In der Bundesrepublik hat die Wahlbeteiligung schon in den 1970er Jahren einen historischen Höhepunkt überschritten. Politische Parteien tun sich schwer, jüngere Menschen als Mitglieder zu gewinnen. Die Distanz gegenüber dem

Wahllokal und der Parteiversammlung verstärkt wiederum den Eindruck, Politik werde von «den anderen» gemacht. Sind Parlamentarier noch Volksvertreter, oder haben sie sich, gemeinsam mit hohen Bürokraten, Lobbyisten und anderen Eliten zu einer politischen Klasse ver selbstständig? Eine Kluft ist gewachsen, an deren fernem Ende die gewählten Politiker weniger als Repräsentanten der Bürgerinteressen erscheinen, sondern mehr wie eine Obrigkeit in vordemokratischen Zeiten, gegen die Freiheitsspielräume verteidigt oder zurückerobert werden müssen. Damit sind die Proteste in Westeuropa und Nordamerika von denen in der arabischen Welt gar nicht mehr so weit entfernt, wie es zunächst aussieht.

In eine antidemokratische Bewegung ist das Unbehagen an der etablierten Demokratie jedenfalls nicht umgeschlagen. In Anlehnung an Sigmund Freuds «Unbehagen in der Kultur» von 1930 könnte man also sagen: Es handelt sich um ein neues Unbehagen nicht «an» der Demokratie, also ihr gegenüber und mit einer Alternative zu ihr, sondern um ein Unbehagen «in» der Demokratie, also geradezu: im Angesicht ihrer Unausweichlichkeit und Alternativlosigkeit. Denn wir können der Demokratie so wenig entkommen (wollen) wie der Kultur. Angesichts historischer Erfahrungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, etwa in Deutschland während der Weimarer Republik, ist das alles andere als selbstverständlich. Im Gegenteil: Über Frustration und Wut hinweg bildet der Wunsch nach einer Einlösung demokratischer Versprechen ein Leitmotiv der neuen Proteste. Demokratie, so wie sie ist, wird gewogen und für zu leicht befunden. Ob die Bürger in den letzten Jahrzehnten tatsächlich politischen Einfluss verloren haben, den sie früher schon einmal besaßen, oder ob Parlamentarier sich von den Bürgern weiter entfernt haben, ist nicht leicht zu sagen. Zugleich sind nämlich die Erwartungen an demokratische Regierungssysteme gestiegen ebenso wie an das Engagement von Bürgern, deren demokratische Rolle sich nicht mehr in der des Wählers erschöpft.

So drückt sich in der neuen Unzufriedenheit mit der (repräsentativen, parlamentarischen) Demokratie nicht so sehr deren politische Erstarrung aus, sondern eher die Dynamisierung demokratischer Erwartungen und Handlungsformen im Westen seit den 1970er Jahren. Parteiensysteme haben sich keineswegs als verkrustet erwiesen, sondern als wandlungsfähig und offen für Innovationen – Deutschland ist ein besonders wichtiges Beispiel dafür, mit dem Aufstieg der Grünen, der Etablierung der Linkspartei und vielleicht neuerdings mit den «Pi-

raten». Die Mobilisierung von Bürgerinnen und Bürgern in öffentlichem Protest und ihr Zusammenschluss jenseits von Parteien – von der Bürgerinitiative im Stadtviertel bis zu den «Global Players» der Zivilgesellschaft wie Greenpeace, Human Rights Watch oder attac – ist nicht nur ein Vehikel der Forderung nach mehr und anderer Demokratie. Mobilisierung, Vernetzung und bürgerliches Selbstbewusstsein sind vielmehr selber Ausdruck von Veränderung und Vitalität der Demokratie.

Jedenfalls ist die Lage am Beginn des 21. Jahrhunderts keineswegs so eindeutig, wie die Triumphgefühle der einen oder die Verzweiflung bei anderen nahelegen mögen. Eindeutig ist nur, dass die Demokratie, die nach 1945 gerade in Deutschland klar umrissene Grenzen zu haben schien, jetzt unsicherer, amorpher, vielgestaltiger geworden ist. Die «freiheitlich-demokratische Grundordnung»: Man hatte sie, oder man hatte sie nicht. Die den Deutschen zuvor so lange flüchtige Demokratie war nun endlich im Grundgesetz eingehaust, und es galt, sie gegen innere und äußere Feinde zu verteidigen. Diese Perspektive hat 1989/90 ihren Höhepunkt erreicht, mit der Ankunft der ehemaligen DDR-Bürger in der bundesdeutschen Demokratie. Im ganz unzweifelhaften Gewinn, den der Sturz von Diktaturen und die Demokratisierung Ostmitteleuropas bedeuteten, sind aber die inneren Wandlungen der westlichen Demokratie zu wenig beachtet worden. Auch ihre äußeren Bedingungen haben sich geändert, seit die goldenen Nachkriegsjahrzehnte von stetig wachsendem Wohlstand und sozialer Sicherheit vor einer Generation zu Ende gegangen sind. Eine neue Dynamik des globalen Kapitalismus hat Wohlstand in andere Teile der Welt getragen, im alten Westen aber Ungleichheiten verschärft. An die Stelle kollektiver Verbindlichkeiten und öffentlicher Leistungsgewährung sind Kommerzialisierung und eine Freisetzung des Individuums getreten. Die politischen Wirkungen sind kompliziert, wie das Beispiel der Individualisierung besonders eindrücklich zeigt: Menschen fallen durch die nicht mehr so engen Maschen sozialer Netze und politischer Zugehörigkeit, aber sie haben seit den 1970er Jahren auch neue Freiheit und neue Handlungsmacht gewonnen. So sind nicht zuletzt die Frauen erst seit dieser Zeit in vollem Sinne in die Demokratie eingetreten, obwohl sie schon ein halbes Jahrhundert über das Wahlrecht verfügt hatten.

\*

Wenn diese Veränderungen so mehrdeutig, so vielschichtig sind, ist es Zeit für eine Bestandsaufnahme von Geschichte und Gegenwart der Demokratie jenseits der vorschnellen Urteile. Auch die Wissenschaftler sind sich derzeit nicht einig in ihren Diagnosen. In der Politikwissenschaft, vor allem in der politischen Theorie, folgen manche den Frustrationen und der Demokratieermüdung eines wachsenden Teils der Bevölkerung, vor allem der jüngeren Generation. Danach hat die westliche Demokratie am Anfang der 1970er Jahre einen Höhepunkt überschritten und befindet sich seitdem in Abstieg und innerer Entleerung. Neoliberalismus und kapitalistische Globalisierung haben, dieser Sichtweise zufolge, nicht nur eine tiefe Krise demokratischer Herrschaft und bürgerlicher Partizipation ausgelöst, sondern markieren eine denkbar tiefe historische Zäsur – das Ende von zweihundert Jahren westlicher Demokratiegeschichte. Seitdem treten wir in eine neue Ära politischer Entmündigung jenseits der klassischen autoritären Herrschaft ein, für den Colin Crouch den Begriff der «Postdemokratie» geprägt hat.

Historiker sind da naturgemäß skeptisch, denn sie wissen: Die Demokratie hat schon viele Wandlungsprozesse und Krisen durchlaufen. Sie wissen auch, dass Menschen (auch Wissenschaftler!) dazu neigen, ihre eigene, zufällige Gegenwart zum Dreh- und Angelpunkt der Weltgeschichte zu stilisieren. Ganz ähnlich ist in den 1960er und 70er Jahren vom «Spätkapitalismus» die Rede gewesen, als stehe das Ende des Kapitalismus bevor, der in Wirklichkeit kurz darauf in eine besonders dynamische Phase seiner Geschichte eintrat. Wie der Spätkapitalismus steht die Rede von der Postdemokratie in einer linken, marxistischen Tradition. Das verleiht ihr kritisches Potential und zeitdiagnostische Kraft, verleitet sie aber zu einer Unterschätzung der historischen Beharrungskraft und der prinzipiellen Bedeutung liberaler Demokratie. Der von empirischen Sozialwissenschaftlern – gerade auch des «linken» Spektrums! – immer wieder scharf herausgearbeitete Aufstieg einer «Basisdemokratie» der unmittelbaren Bürgerbeteiligung und des zivilgesellschaftlichen Engagements kommt dagegen in der düsteren Vision von der «Postdemokratie» kaum vor.

Genauso unbefriedigend ist aber das Horn des Triumphes, in das ein anderer Teil der Politikwissenschaft mit überbordendem Optimismus stößt. Danach kann von einem Niedergang der Demokratie gar keine Rede sein, die sich vielmehr, trotz einzelner Rückschläge, unaufhaltsam über immer größere Teile der Welt ausbreitet. Am Ende dieses Prozesses wird ihre universelle Ausbreitung stehen, die schon im historischen

Keim des demokratischen Gedankens und in der fundamentalen Überlegenheit von Freiheit über Unterdrückung angelegt war. Diese Sichtweise wiederum verengt Demokratie auf einen institutionellen Bausatz aus Grundrechten, freien Wahlen, parlamentarischer Regierung und ein paar anderen Zutaten und kann die inneren Wandlungen, auch die inneren Gefährdungen eines solchen Patentregimes nicht einfangen. Sie macht den umgekehrten Fehler wie die Postdemokratiker: Während diese nämlich die Geschichtlichkeit (und damit die Vergänglichkeit) der Demokratie überschätzen, manchmal bis an die Grenze einer leichtfertigen Preisgabe der Demokratie, unterschätzen die Triumphalisten ganz eklatant ihre historische Gewordenheit und Offenheit, ihre «Kontingenz». Denn der Siegeszug der Demokratie ist alles andere als unvermeidlich, und es könnte tatsächlich irgendwann eine andere Form politischer Herrschaft geben, deren Form wir noch nicht kennen.

So sind die wissenschaftlichen Perspektiven auf Geschichte und Gegenwart der Demokratie alles andere als einheitlich, und keineswegs objektiv, sondern vielmehr vom jeweiligen Standpunkt und von der Richtung des Blickes abhängig. Immer wieder lassen sich «Optimisten» und «Pessimisten» unterscheiden. Von ihrem politischen Standort her neigen Liberale und zivilgesellschaftlich inspirierte Linke eher zu einer optimistischen Sicht, Theorielinke und zumal Vertreter marxistischer Ansätze eher zum Demokratiepessimismus. Aber auch unabhängig von der eigenen politischen Position sind Theoretiker (und Theoretikerinnen, wie in der feministischen Demokratiedebatte) in der Regel skeptischer als empirische Forscher, die mehr die praktische Vielheit und Dynamik im Blick haben als die prinzipiellen Dilemmata und Grenzen von Demokratie. Eine andere Linie trennt, jedenfalls in der westlichen Forschung, die internationale Perspektive von der Binnensicht. Die einen sehen mehr die Gewinne in der globalen Ausbreitung von Demokratie, die anderen mehr die strukturellen Probleme im Innern westlicher Gesellschaften und formal konsolidierter Demokratien. Das verweist zugleich auf die Ungleichzeitigkeit demokratischer Erfahrung: Was viele Menschen im Westen langweilig und ausgezehrt finden, ist anderswo das höchste Gut, nach dem man zuallererst strebt: Meinungs- und Pressefreiheit, freie Wahlen, ein funktionierendes Parlament, ein Rechtsstaat! Und schließlich sind, aufs Ganze gesehen, in der gegenwärtigen Unsicherheit über die Zukunft der Demokratie die Amerikaner – wie so oft – optimistischer als die von Selbstzweifeln mehr geplagten Europäer.



Will man zu einem ausgewogenen Urteil kommen, muss man unterschiedlichen Perspektiven gerecht zu werden versuchen. Das gilt nicht nur für die Verschiedenheit politischer oder geographisch-kultureller Standorte, sondern auch für einen möglichst weiten Blick auf die praktische Gegenwärtigkeit von Demokratie, denn sie manifestiert sich längst nicht mehr nur in Wahlen und Parlamenten. Und nicht zuletzt sollte eine historische Vergewisserung über die Demokratie in gegenwärtiger Absicht ein multidisziplinäres Unterfangen sein. Bloß eine Geschichte der Demokratie zu erzählen genügt nicht. Ebenso wenig genügen die oft unhistorischen Sichtweisen der Sozial- und Politikwissenschaften. Die empirisch orientierte Sozialwissenschaft muss ebenso einbezogen werden wie die Begriffsschärfe der Sozialtheorie und politischen Philosophie, die aber für sich genommen leer und wirklichkeitsfern bleibt. Geschichte, empirische Sozialwissenschaft und Sozialtheorie könnten also das Dreieck einer zeitgemäßen Demokratiewissenschaft bilden. Daran orientiert sich der folgende Versuch. So soll am Beispiel der Demokratie der Anspruch einer «Historischen Sozialwissenschaft» (Hans-Ulrich Wehler) erneut erprobt werden.

\*

Triumphzug oder Ermüdung, vielleicht sogar Niedergang – wie lässt sich die Geschichte der Demokratie begreifen, in welcher «Tonlage» kann sie heute am besten geschrieben werden? Auch hier kann eine eindimensionale, bloß lineare Sichtweise nicht mehr befriedigen. Am Anfang des 21. Jahrhunderts wissen wir zu viel über die Demokratie, um uns mit einfachen Antworten, so verlockend sie auf den ersten Blick sein mögen, zufrieden geben zu können. Wir sind aufgeklärt und abgeklärt zugleich: weithin einig in der Wertschätzung freier Regierung und freien Lebens und doch ernüchert gegenüber den utopischen Verheißungen, die sich damit einst verknüpft haben. Aber daraus muss nicht Beliebigkeit folgen. Dieses Buch versucht die Geschichte und Gegenwart der Demokratie in drei Perspektiven zu verstehen und zu erzählen: als eine Erfüllungsgeschichte, eine Suchbewegung und eine Krisengeschichte. Seit den Anfängen der modernen Demokratie im 18. Jahrhundert, vielleicht sogar schon seit der klassischen Demokratie Athens vor zweieinhalbtausend Jahren, haben sich Erfüllung, Suche und Krise ständig überlappt und ineinander verflochten.

Demokratie als *Erfüllungsgeschichte*: Das ist die klassische Erzählung der westlichen Moderne, die in Aufklärungsdenken, Fortschrittsglauben und Liberalismus wurzelt. Freiheit und Gleichheit erscheinen darin als ein ursprüngliches Versprechen, das über die Jahrhunderte immer weiter und besser eingelöst werden konnte. Dabei mag man den Ursprungsmoment bereits im Athen des 6. oder 5. Jahrhunderts v. Chr. sehen, denn auf dieses Muster haben sich die Forderungen nach «mehr» und «besserer» Demokratie häufig bezogen – bis heute, wenn es zum Beispiel um die direkte Herrschaft in der Volksversammlung oder Volksabstimmung geht. Der wichtigste Anker der modernen Fortschritts- und Erfüllungsgeschichte von Demokratie aber sind die Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts in Nordamerika und Frankreich. «All men are created equal»; allgemeine Menschen- und Bürgerrechte; die Republik als freie Regierung anstelle der monarchischen Despotie: Diese Forderungen wirkten als Keimzelle, als eine Art genetischer Code, der sich in den folgenden beiden Jahrhunderten Stück für Stück entfaltet hat. Die Wirklichkeit konnte an den kühnen Versprechen gemessen werden. Sind wirklich «alle Männer gleich geschaffen»? Dann mussten Vermögensschranken der politischen Teilhabe verschwinden. Nur weiße Männer? Auch eine andere Hautfarbe qualifizierte, selbst wenn das lange und hartnäckig, sogar extrem blutig bestritten wurde, zu persönlicher Freiheit, Bürgerschaft und politischer Mitsprache. Und sollte das «gleich geschaffen» und gleich berechtigt nicht für alle Menschen gelten? Dann musste die Geschlechtergrenze irgendwann fallen, auch wenn das bis weit ins 20. Jahrhundert dauerte.

Mit dem Fortschrittsgedanken verbindet sich also jener der Universalität, der Allgemeingültigkeit, auch in räumlicher Hinsicht. Während Republiken und (Proto-)Demokratien am Anfang des 19. Jahrhunderts exotische Ausnahmen darstellten, hat sich die Weltkarte seitdem in vielen Etappen demokratischer gefärbt. So entfaltet sich neben der inneren Erfüllungsgeschichte, also der Demokratisierung und Inklusion in einzelnen Gesellschaften, auch eine äußere der globalen Expansion. In postmodernen, aufklärungs- und fortschrittsskeptischen Zeiten sind viele Menschen – zumal im Westen – gegenüber dieser Perspektive kritisch, teils geradezu allergisch geworden. Wenn man die Erfüllungsgeschichte von ihrem geschichtsphilosophischen Ballast befreit, bleibt sie jedoch unverzichtbar, weil sie einen wichtigen Teil der empirischen Wirklichkeit einfängt. Dazu gehören auch bittere Konflikte und Kämpfe um das Versprechen der Demokratie. Harmonisch ging es bei den

Fortschritten der Freiheit kaum jemals zu. Und schließlich bleiben die ursprünglichen Anker dieses Versprechens auch ein kritischer Stachel in der Gegenwart. Wenn allen Menschen gleiche Freiheit zusteht, warum lebt dann in deutschen Städten seit Jahrzehnten ein großer Teil der Bevölkerung ohne allgemeines Wahlrecht?

Dennoch – die Perspektive von Versprechen und Erfüllung reicht nicht aus. Die Geschichte der Demokratie war immer auch eine *Suchbewegung* in einer offenen Situation. Auch wenn radikale Visionäre im 18. Jahrhundert ihrer eigenen Zeit weit voraus waren, auch wenn sich an der Grundidee zentraler Institutionen wie des Parlaments seit zweihundert Jahren erstaunlich wenig geändert hat: Natürlich wusste damals noch niemand, wohin Idee und Praxis der Demokratie in den nächsten Generationen führen würden. Erst recht war die Situation immer wieder offen und voll von ganz neuartigen Herausforderungen, weil sich politische Herrschaftsformen seit der Amerikanischen und Französischen Revolution nicht in einer stabilen Gesellschaft weiterentwickelten. Im Gegenteil, es begann eine der tiefsten Umwälzungen der Menschheitsgeschichte: die Ablösung des europäischen Feudalismus durch individualisierte Marktgesellschaft und kommerziellen Kapitalismus; die Industrielle Revolution; der große Zug vom Land in die werdenden Großstädte; die Umwälzung von Kommunikation und Verkehr. Angesichts dieser stürmischen Veränderungen musste immer wieder neu überlegt werden, was Demokratie eigentlich heißen konnte. Neue Chancen standen offen, aber es bildeten sich auch neue Barrieren. Bürokratischer Staat und Großunternehmen standen für Hierarchie und Kontrolle, nicht für Gleichheit und Partizipation. Soziale Ungleichheit verschärfte sich – und gab zugleich Anstoß für die Suche nach neuer und erweiterter Demokratie für die Masse der lohnabhängigen Bevölkerung.

So lässt sich der Sozialismus mit all seinen vielfältigen Ideen und Strömungen als die vielleicht wichtigste demokratische Suchbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts verstehen. «Es muss doch möglich sein», so lautete das Grundmotiv dieser und vieler anderer Fragen und Suchen immer wieder: Demokratie jenseits krasser Besitzunterschiede zu etablieren; sie nicht nur in der Politik, sondern auch im Betrieb anzuwenden; vielleicht auch: auf diesem Wege Herrschaft von Menschen über Menschen ganz verschwinden zu lassen. Die Suche führte an bisherige Grenzen der Demokratie und über sie hinaus. Das war ein schwieriges Unterfangen, denn das so erschlossene Neuland erwies sich

oft als tragfähig für eine demokratische Erweiterung, teils aber auch als Nährboden für ganz andere politische Regime und sogar für eine neue Unfreiheit. Für die Aporien dieser Suche steht besonders der Weg Lenins und des russischen Bolschewismus in die kommunistische Diktatur. Das Suchprinzip als solches war damit jedoch nicht diskreditiert; die Demokratie nicht zur Erstarrung in ihren bürgerlichen Formen um 1900 gezwungen. Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts ist voll von neuen Anläufen und Experimenten, Freiheit und Partizipation zeitgemäße und effektive Gestalt zu geben. Das wichtigste Feld dieser Suche bildet die Demokratie des Protests, der sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft, mit der die Demokratie von Parteien und Parlamenten um heute unverzichtbare Dimensionen erweitert wurde. Auch dabei ging es – und geht es bis heute – nicht harmonisch zu, sondern spannungs- und konfliktreich und bisweilen gewaltsam.

Schließlich ist die Geschichte der Demokratie immer auch *Krisengeschichte*. Das klingt zunächst vielleicht trivial, erinnert aber an zusätzliche Aspekte dieser Geschichte, hilft bei der Gegenwartsdiagnose und sagt etwas über die besondere Eigenart der Demokratie als Herrschafts- und Lebensform aus. Wenn man, wie das hier geschieht, die Konflikthaftigkeit demokratischer Entwicklung besonders betont, also den Streit um Demokratie, mit welchen Mitteln auch immer er ausgetragen wurde, dann sind die Krisen der Demokratie nicht weit entfernt. So gesehen, kehrt sich die Perspektive der «Erfüllungsgeschichte» geradezu um: Wir sehen nicht den unaufhaltsamen Aufstieg einer Idee, die unwiderstehliche Einlösung eines Versprechens, sondern eine stolpernde, eine unsichere, von innen und außen immer wieder in Bedrängnis geratende Demokratie. Das gilt schon früh und ganz unmittelbar: Die unabhängigen nordamerikanischen Republiken und das revolutionäre Frankreich mussten sich in Kriegen gegen die feindlichen europäischen Monarchien behaupten. Später war Hitlers Nazi-Deutschland kurz davor, die Demokratie von der europäischen Landkarte vollständig zu tilgen. Weniger spektakulär, aber nicht weniger gefährlich waren die inneren Krisen: Im 19. Jahrhundert lassen sich immer wieder Weggabelungen erkennen, an denen die Demokratie sich in Richtung einer verkrusteten Elitenherrschaft hätte entwickeln können, statt den Weg der Egalisierung und Inklusion zu gehen. So entwickelten die Sklavenbesitzer in den amerikanischen Südstaaten ihre ganz eigene Auffassung von «Demokratie».

Die bisher tiefste innere Krise jedoch hatte ihr Zentrum in Europa während der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts. Damals breitete

sich die Überzeugung aus, die Demokratie habe den Höhepunkt ihres Lebenszyklus überschritten, weil sie mit der liberal-bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts entstanden sei und mit dieser auch wieder vergehen müsse. Dahinter nämlich erschienen die Umrisse einer zugleich wissenschaftlich-technokratischen und massenhaft-kollektiven Gesellschaft, die nach neuen Formen der autoritären Führung zu verlangen schien und individuelle Rechte gering achtete. Das rückt die gegenwärtige Krisenstimmung in Perspektive, denn verglichen mit der «großen Krise» der Demokratie vor etwa achtzig bis hundert Jahren weht heute nur eine leichte Brise der Skepsis – und nicht zuletzt die explizite Alternative, die damals Diktatur hieß, fällt heute wieder an. Früheren Krisen können auch als Warnung gelesen werden, nicht vorschnell und ungeprüft von einer historischen Abenddämmerung der Demokratie zu sprechen. Denn ganz ähnliche Argumente haben freie persönliche und politische Verhältnisse schon einmal für historisch überlebt erklärt. Damals war eine vermeintlich nüchterne Analyse des Werdens und Vergehens von Demokratie in Wirklichkeit Angriff auf die Demokratie und Selbstpreisgabe. Jedoch kann sich die Demokratie deshalb gegen Kritik, auch gegen die schärfste Kritik, nicht immunisieren. Im Gegenteil, ihre Geschichte ist auch deshalb immer wieder eine Krisengeschichte, weil die Demokratie eine «schwache» Herrschaftsform ist, die sich selber dauernd in Frage stellt und noch ihre Gegner zur Kritik einlädt.

[...]

---

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: [www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)